

„Natürlich haben wir auch gehofft“

Sommer-Interview: Finanzsenatorin Karoline Linnert über Haushaltsprobleme, Kritik und ihre Rolle im Bundesrat

Wie sommerlich das Sommer-Interview an diesem Tag wirklich wird, ist angesichts der Wolken am Himmel lange ungewiss. Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) hat sich für das Gespräch die Terrasse des Café Ambiente ausgesucht - und es bleibt am Ende doch trocken. Trotz der jüngsten Kritik, trotz der Millionenlücke im Haushalt muss Linnert bei der ersten Frage erst einmal lachen. Als sie kurz darauf von Selbstmitleid spricht, wird sie sogar ironisch. Als Matthias Lüdecke sie zum Haushalt oder der Kritik der CDU befragt, ist allerdings schnell Schluss mit lustig.

Frau Linnert, macht Ihnen Ihr Amt eigentlich noch Spaß?

Karoline Linnert: Wissen Sie, ich führe eine geheime Strichliste, wie oft ich das gefragt werde. Und spätestens heute ist die Tausendergrenze überschritten.

Und was ist Ihre Antwort darauf?

Wer im Beruf Spaß haben möchte, sollte nicht Finanzsenatorin werden. Wenn man aber Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen will, ist das eine Option. Ich kann in diesem Amt etwas gestalten - und das macht mir Freude.

Kommen Sie sich dabei manchmal vor wie die Buhfrau für alles?

Auch ich habe manchmal leichte Anfälle von Selbstmitleid. Aber das geht dann auch wieder vorbei.

Man bekommt manchmal den Eindruck, dass andere Senatoren gern auf Sie verweisen, wenn es schwierig wird. Dann hört man den Satz: „Da müssen wir noch einmal mit der Finanzsenatorin sprechen.“

Zunächst einmal: Der Senat arbeitet gut zusammen. Und ich bemühe mich schon seit Jahren, überall klarzumachen, dass der Haushalt von der Bürgerschaft beschlossen worden ist, basierend auf einem Vorschlag des Senats. Ich bin dafür da, diesen Haushalt zu hüten und dafür zu sorgen, dass er möglichst eingehalten wird.

Die Rolle der Buhfrau haben Sie vor allem auch für die CDU. Offenbar hat sich die Fraktion mit Blick auf die Bürgerschaftswahl vor allem auf Sie eingeschossen. Wie gehen Sie damit um?

Ich bin eigentlich schon empfindsam gegenüber Kritik. Vielleicht sogar zu sehr für meinen Beruf. Aber ich unterscheide, was ich mir zu eigen mache. Und dazu gehört nicht, wenn sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Röwekamp auf großer Bühne aufplustert und mich zum Hauptfeind macht. Ein durchsichtiges Wahl-

Finanzsenatorin Karoline Linnert verteidigt im Sommerinterview die Haushaltspolitik der rot-grünen Koalition.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

kampfmanöver, weil er mit der SPD regieren möchte. Wenn jemand mit großem Gedröhne Dinge erzählt, die er selbst so niemals umsetzen könnte, und die völlig widersprüchlich sind, wirft mich das nicht aus der Bahn. Dann finde ich das eher schade.

Mal Hand aufs Herz: Glauben Sie immer noch daran, dass Bremen 2020 einen ausgeglichenen Haushalt schafft?

Natürlich. Jens Böhrnsen und ich haben eine Sanierungsvereinbarung unterschrie-

ben. Wir haben gesagt, dass das ein ehrgeiziges Unterfangen ist. Wir haben eingeräumt, dass wir es nicht schaffen können, wenn sich die Rahmenbedingungen verschlechtern. Und wir haben darauf hingewiesen, dass wir auch den Zeitraum nach 2020 betrachten müssen. Aber wir würden niemals sehenden Auges einen Vertrag mit dem Bund und den anderen Ländern unterschreiben, von dem wir denken, dass wir ihn sowieso nicht einhalten können. Man muss bedenken, was das für einen Schaden für Bremen bedeuten würde.

Wie nimmt man auf diesem Weg denn die Menschen mit? Viele denken jetzt schon, dass es eng ist. Und bis 2020 wird es noch enger - und spürbar für die Bürger.

Wenn ich die Möglichkeit habe, mit Menschen direkt zu sprechen, ihnen zu erklären, wo wir stehen und wie die Perspektiven sind, dann sehen viele tatsächlich ein, dass wir nicht Probleme von heute zulasten von morgen lösen können. Wir müssen da eine Balance halten, und das ist ein ständiges Ringen um das Richtige. Dafür werbe ich in zahllosen Gesprächen.

Verstehen die Leute das denn auch, wenn sie selbst vom Sparen betroffen sind?

Sogar das kommt vor. Gerade viele Jüngere verstehen das. Momentan muss Bremen 20 Prozent der Steuer-Einnahmen für Zinsen ausgeben. Wenn wir das nicht in den Griff kriegen - was soll dann werden?

In der vergangenen Woche mussten Sie bekannt geben, dass das Loch im Haushalt statt 60 sogar 73 Millionen Euro groß ist. Nicht schön, oder?

Die 60 Millionen Euro waren eine Momentaufnahme, und die 73 Millionen Euro sind es auch. Einen Teil werden die Ressorts selbst lösen, ein Teil entwickelt sich doch noch anders. Ein Problem sind aber in der Tat die Sozialausgaben, die 30 Millionen Euro höher liegen als veranschlagt. Weil das Problem strukturell ist, also auch in den nächsten Jahren auftreten wird. Wenn man da eine Lösung nur für dieses Jahr sucht, macht man seine Arbeit nicht ordentlich.

Ist der Haushalt nicht falsch aufgestellt, wenn solche Lücken entstehen?

Die Aufstellung war ehrgeizig. Natürlich haben wir auch gehofft, dass die Steigerungsraten bei den Sozialleistungen geringer ausfallen, weil wir insgesamt einen hohen Stand haben. Aber man muss auch die Alternative sehen. Natürlich kann ich dem Parlament vorschlagen, 50 Millionen Euro mehr in den Sozialhaushalt zu packen. Aber diese 50 Millionen muss ich dann ja auch woanders wegnehmen. Der Rahmen insgesamt bleibt ja gleich. Insofern ist so ein Haushalt auch immer ein Kompromiss zwischen Erwarten, Schwerpunkte setzen, Wünschen - und dem, wofür man eine Mehrheit hat.

Also ist das bessere Prinzip, zu hoffen und im Nachhinein zu kürzen?

Nein. Die gesetzlichen Vorgaben für den Haushalt sind: Er soll wahr, klar, vollständig und transparent sein.

Ist er das denn wirklich, wenn es zu solchen Lücken im Haushalt kommt?

Immer, wenn man etwas für die Zukunft plant, kann es zu Fehlern kommen. Es gibt

ja andererseits auch Bereiche, wo wir Mehreinnahmen haben - zum Beispiel bei den Steuern - oder weniger ausgeben als geplant - zum Beispiel bei den Zinsen. Zu dem Zeitpunkt, an dem man einen Haushalt beschließt, muss man ihn nach bestem Wissen und Gewissen aufstellen. Im Nachhinein ist man schlauer. Kritiker, die gesagt haben: „Was ihr da macht, ist zu ehrgeizig“ haben jetzt zunächst recht behalten.

Ihr Koalitionspartner SPD ist als Teil der großen Koalition nun in der Bundesregierung. Wie wirkt sich das aus?

Die Vorbereitung der Bundesratssitzungen ist komplizierter geworden. Wir brauchen mehr Zeit, um zu besprechen, wie wir Bremen am besten vertreten und wo die jeweiligen Schmerzgrenzen sind. Aber das hat ja nicht nur Nachteile - zum Beispiel, wenn es um das Gewicht unseres Bundeslandes geht, und wir Grünen sagen: Das machen wir nicht mit. Das darf man nur nicht überreizen.

Nehmen wir mal ein konkretes Beispiel: Die Baifög-Millionen. Als Bremer Finanzsenatorin müssten Sie sich ja eigentlich freuen, wenn Bremen 15 Millionen Euro zusätzlich für Bildung und Wissenschaft erhält. Die Grünen lehnen die dafür nötige Grundgesetzänderung aber ab, weil sie ihnen nicht weit genug geht.

Und damit haben sie doch völlig recht.

Das heißt, sie würden auf die 15 Millionen Euro verzichten?

Ich finde, dass wir uns nicht zu billig verkaufen sollten. Im Bundesrat haben die grün-mitregierten Länder ein Gewicht. Das muss man nutzen, allein schon deshalb, weil man den Wählern am Ende Rechenschaft ablegen muss. Ich wage da keine Prognose. Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass Bremen auf das Geld stark angewiesen ist. Aber dass es jetzt Gespräche mit den Grünen darüber geben muss, ist doch völlig legitim. Und Sie können sicher sein, dass ich versuchen werde, im Interesse unseres Bundeslandes zu wirken.

Sie sind jetzt seit sieben Jahren Finanzsenatorin. In einer Umfrage, die die CDU in Auftrag gegeben hat, schreiben aber nur acht Prozent der Bremer den Grünen finanzpolitische Kompetenz zu. Was ist da schiefgelaufen?

Nichts. Ein weiterer Versuch der CDU, mich in die Pfanne zu hauen. In Wahrheit ist das aber eine Erfolgsgeschichte. Vor sieben Jahren hatten die Grünen in der öffentlichen Zuschreibung so gut wie überhaupt keine Kompetenz in diesem Bereich. Dass sich das positiv verändert hat, da habe ich als Person auch ein bisschen zu beigetragen. Natürlich wäre ich froh, wenn es mehr als acht Prozent wären. Aber diese Steigerung in schwierigen Zeiten ist meiner Meinung nach beachtlich - und kein Grund unzufrieden zu sein.

Zur Person: Karoline Linnert (55) ist seit 2007 Bürgermeisterin und Finanzsenatorin. Linnert studierte Psychologie in ihrer Heimatstadt Bielefeld und in Oldenburg. Von 1991 an saß sie für die Grünen in der Bürgerschaft, von 2000 bis 2007 war sie Fraktionsvorsitzende. Linnert ist verheiratet und hat zwei Kinder.